



Newsletter

von Ulli Nissen, MdB

23. November 2018

Einigung auf Grundgesetzänderung

Die Fraktionsspitzen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen haben eine Gesamteinigung zum Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes erzielt. Damit wird der Bund Länder und Kommunen künftig besser in Sachen Bildung unterstützen dürfen.

Die vier Fraktionen haben sich dabei im Bildungsbereich auf folgende Formulierung des Artikels 104c Grundgesetz geeinigt:

Der Bund kann den Ländern zur Sicherstellung der Qualität und der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen sowie mit diesen verbundene besondere unmittelbare Kosten der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur gewähren. Artikel 104b Absatz 2 Satz 1 bis 5 und Absatz 3 gilt entsprechend.

Das erste gemeinsame Projekt, das auf dieser Grundlage umgesetzt werden kann, ist der **DigitalPakt Schule** mit einem Volumen von insgesamt fünf Milliarden Euro. Ein Entwurf für eine Verwaltungsvereinbarung sieht vor, dass Schulen je bis zu 25 000 Euro für Laptops und

Tablets erhalten können.

Im Koalitionsvertrag haben wir mit der CDU/CSU vereinbart, das Kooperationsverbot zu lockern, damit Investitionen in die kommunale Bildungsinfrastruktur ermöglicht werden können. Die FDP und die Grünen wollten einer entsprechenden Grundgesetzänderung im Bundestag nur zustimmen, wenn zugleich auch ermöglicht wird, dass der Bund auch in Qualität und Personal investieren kann. Die monatelangen Verhandlungen haben zu einer guten Vereinbarung geführt.

Der Deutsche Bundestag wird die Gesamteinigung zu den Grundgesetzänderungen nächste Woche in 2./3. Lesung abschließend beraten und dem Bundesrat zuleiten. Neben dem Bildungsbereich betreffen die Grundgesetzänderungen vor allem die Bereiche sozialer Wohnungsbau und Gemeindeverkehrswegefinan-

zierung.

Die Grundgesetzänderung kann erst in Kraft treten, wenn der Bundesrat mit einer zweidrittel Mehrheit zustimmt. Einige Länder, wie zum Beispiel Baden-Württemberg sind gegen eine größere Mitsprache des Bundes.

Die Grundgesetzänderung ist ein sehr wichtiger Schritt, gleichwertige Lebensverhältnisse in der ganzen Bundesrepublik zu schaffen.

Bundshaushalt 2019:

Zukunftsinvestition für ein solidarisches Land

Der Haushalt 2019 steht. Mit dem Haushalt 2019 beschließen wir einen echten Investitionshaushalt. Wir setzen klare Schwerpunkte und investieren in soziale Sicherheit. Wir stärken Familien durch bessere Kitas und mehr Kindergeld. Wir sichern die gesetzliche Rente. Wir schaffen mit dem sozialen Arbeitsmarkt neue Chancen für Langzeitarbeitslose, und, indem wir das Recht von Arbeitnehmer*innen auf Weiterbildung stärken.

Zukunftsinvestitionen auf Rekordniveau

Die Investitionen liegen weiter auf Rekordniveau. Nach Abschluss der parlamentarischen Beratungen liegen sie sogar um rund 1 Milliarde Euro über dem im Regierungsentwurf. Hierzu tragen auch die **höheren ODA-Mittel** (alle Mittel, die Entwicklungsländern direkt oder durch internationale Organisationen für Entwicklungsvorhaben zur Verfügung gestellt werden) ihren Teil bei, weil Kredite für Entwicklungshilfe nach der Haushaltssystematik als Investitionen zählen.

Von 356,4 Mrd. Euro Gesamthaushalt fließen 2019 38,9 Mrd. Euro in Investitionen!

Nachfolgend eine Zusammenfassung über die wichtigsten Schwerpunkte des Bundshaushaltes im Jahr 2019:

Frühkindliche Bildung

Damit gute Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt, stellen wir mit dem Gute-Kita-Gesetz sicher, dass sich der Bund finanziell an der Kinderbetreuung beteiligt. Wir wollen mehr Förderung, mehr Qualität und weniger Gebühren in den Kitas. Dafür investieren wir in den nächsten vier Jahren 5,5 Mrd. Euro. Zusätzlich sorgen wir für eine finanzielle Entlastung von Familien in Höhe von 9,8 Mrd. Euro pro Jahr, z. B.

durch 10 Euro mehr Kindergeld im Monat oder durch einen Ausgleich bei der „kalten Progression“.

Sicherheit und Zusammenhalt

Wer heute mitten im Berufsleben steht, muss sich darauf verlassen können, dass die Rente nach einem Leben voll harter Arbeit reicht. Deshalb sorgen wir vor: Die Renten steigen zukünftig wieder wie die Löhne, das Rentenniveau und die Beiträge werden bis 2025 stabilisiert. Die Finanzierung stellen wir mit einer Demografierücklage sicher, in die ab 2019 jährlich 2 Mrd. Euro fließen. Damit stärken wir das Vertrauen in die gesetzliche Rente.

Bezahlbarer Wohnraum

Mieterinnen und Mieter, vor allem in großen Städten, werden aus ihrem Wohnumfeld verdrängt, weil die Mieten durch die Decke steigen. Das akzeptieren wir nicht. Wir stellen für den Sozialen Wohnungsbau im kommenden Jahr 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung. Für mehr Wohnungsbau sorgen wir durch die vergünstigte Bereitstellung von bundeseigenen Grundstücken an die Kommunen. Mit dem Baukindergeld unterstützen wir Familien beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum. Zusätzlich verschärfen wir die Mietpreisbremse, begrenzen die Modernisierungumlage, bestrafen gezieltes Herausmodernisieren und schaffen mehr bezahlbaren Wohnraum.

Öffentlicher Dienst

Wir Sozialdemokraten wollen einen handlungsfähigen, starken Staat mit einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Die Bürger*innen dürfen sich nicht alleingelassen fühlen. Zentrale Investitionsvorhaben und die Erneuerung unserer Infrastruktur gelingen nicht ohne geeignetes Personal. Im Haushalt 2018 haben wir angefangen, einen sozialdemokratischen Dreiklang aus neuen Stellen, besserer Bezahlung und der Auflösung von Befristungen durchzusetzen.

Insbesondere die großangelegte Initiative zum Abbau sachgrundloser Befristungen in der Bundesverwaltung wäre ohne ein SPD-geführtes Finanzministerium nicht möglich gewesen!

Mit dem Haushalt 2019 werden auch insgesamt 8.749,9 neue Stellen und Planstellen geschaffen. 3.120 Stellen sind auf die verschiedenen Sicherheitspakete zurückzuführen. Die Gesamtzahl der Stellen teilt sich wie folgt auf:

- 988,5 in den Ministerien
- 221,5 in sonstigen obersten Bundesbehörden
- 7.539,9 im nachgeordneten Bereich

(Fortsetzung auf Seite 3)

Neues aus dem Deutschen Bundestag

(Fortsetzung von Seite 2)

Auf Koalitionsanträge gehen 2.923,5 neue Stellen und Planstellen zurück. Diese teilen sich wie folgt auf:

- 401,5 in den Ministerien
- 92 in sonstigen obersten Bundesbehörden
- 2.430 im nachgeordneten Bereich

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erhält 313 dieser neuen Stellen. Beim Bundesverwaltungsamt und bei der Bundespolizei haben wir über 500 kw-Vermerke (Wegfallvermerke, die

vorsehen, das Plan- oder andere Stellen wegfallen) gestrichen.

Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit

In unstillen Zeiten übernehmen wir auch international Verantwortung. Wir stärken Deutschlands Engagement für Krisenprävention, humanitäre Hilfe und die Entwicklungszusammenarbeit. Für die humanitäre Hilfe im Ausland stellen wir 1,58 Mrd. Euro in den Haushalt ein.

Darüber verbessern wir zum Beispiel die Situation von Kriegsflüchtlings in Syrien oder im Libanon.

Wir haben dafür gesorgt, dass die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit mindestens in gleichem Maße anwachsen wie der Verteidigungshaushalt. Im nächsten Jahr stellen wir im Vergleich zum Regierungsentwurf 700 Mio. Euro zusätzlich für die Entwicklungspolitik bereit. Insgesamt steigern wir die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit auf 10,2 Mrd. Euro.

Die SPD regiert und verändert unser Land zum Besseren

Der Bund unterstützt den Bau der Jüdischen Akademie in Frankfurt

Im Bundeshaushalt 2019 gibt es weitere gute Nachrichten für Frankfurt. Der Bund wird den Bau der Jüdischen Akademie in Frankfurt mit **7 Millionen Euro** unterstützen.

Der Zentralrat der Juden (ZdJ) plant die Errichtung einer jüdischen Bildungseinrichtung in Frankfurt. Die Gesamtkosten für den Bau werden nach der jetzigen Planung auf 15,5 Millionen Euro geschätzt. Mit der Unterstützung des Bundes kann das Vorhaben nun bald verwirklicht werden.

Natürlich kommt dazu auch die gute Lage im Herzen Deutschlands. Frankfurt bietet gute Verkehrsanbindungen in alle Himmelsrichtungen. Damit ist die Mainmetropole ein idealer Standort, um von hier aus die Entwicklung der jüdischen Kultur in Deutschland zu fördern.



Ich habe mich sehr gefreut, dass ich die tolle Nachricht persönlich der Jüdischen Gemeinde Frankfurt mitteilen durfte.

Die jüdische Kultur muss in Deutschland wiederbelebt werden. Es ist unsere historische Aufgabe, die Gemeinde dabei zu unterstützen.

Es ist sehr wichtig, dass die jüdische Gemeinde endlich eine Akademie errichten kann. Die Akademie wird unsere vielfältige Stadt auf großartige Weise bereichern! Wunderbar!

Wahkreisbüro

Ulli Nissen, MdB
Fischerfeldstr. 7-11
60311 Frankfurt
Tel.: 069 299888-610

Fax: 069 299888-612

E-Mail: ulli.nissen.ma02@bundestag.de

Deutscher Bundestag

Ulli Nissen, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227-77147

Brexit und Europawahlkampf

Nach langen Verhandlungen liegt seit letzter Woche der Vertragsentwurf für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union vor. Aber noch ist nicht sicher, ob er am Ende auch beschlossen wird. Denn der politische Sturm, den die Europafeinde in Theresa Mays Partei entfacht haben, könnte das Abkommen und die Regierung in London wohlmöglich hinwegfegen und zu einem harten Brexit führen.

Aus diesem Grund wird sich der Bundestag in den kommenden Wochen auch mit Notfallmaßnahmen für den Fall eines Austrittes ohne ein Abkommen beschäftigen. Dennoch steht für uns fest, dass wir dieses Szenario vermeiden müssen.

Denn ein harter Brexit würde vor allem auf dem Rücken der in London lebenden EU-Bürger*innen und denen des Vereinigten Königreiches ausgetragen.

Natürlich ist das Verhandlungsergebnis für keinen der Beteiligten ein wirklicher Erfolg. Denn es liegt in der Natur der Sache, dass es bei einem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union nur Verlierer gibt.

Das nun ausverhandelte Abkommen kann jedoch dabei helfen, die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs geordnet zu beenden. Zu diesem geordneten Übergang gehört, dass London seine – in der Vergangenheit entstandenen – finanziellen Verpflichtungen gegenüber der EU erfüllt. Wir reden hier über eine Größenordnung von etwa 40 Mrd. Euro.

Ebenso gehört es zum geordneten Übergang, dass wir Rechtssicherheit für die Menschen herstellen, die auf dem jeweils anderem Territorium leben. Es leben ca. 3 Mio. EU-Bürger*innen im Vereinigten König-



reich und 1 Mio. Brit*innen in EU-Ländern.

Und schließlich bemüht sich das Abkommen, den Frieden auf der irischen Insel nicht zu gefährden. Sollte es bis nach Ablauf der Übergangsphase nicht gelungen sein, eine grundsätzliche Einigung in der Grenzfrage zu erreichen, greift eine Rückfalllösung. Um Grenzkontrollen zu vermeiden, verbliebe das Vereinigte Königreich demnach vorerst in einer Zollunion.

Zudem konnten die Versuche des Vereinigten Königreichs, Rosinenpickerei zu betreiben, abgewehrt werden.

Das Vereinigte Königreich wollte in für ihn vorteilhaften Teilen weiterhin am Binnenmarkt teilnehmen, andere Freiheiten des gemeinsamen Marktes jedoch nicht gewähren. Klar ist nun, dass die vier Freiheiten des Binnenmarktes (Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen) nicht teilbar sind. Die EU hat sich nicht auseinander dividieren lassen.

Die Lehren aus dem Brexit sind für uns alle sehr wichtig im kommenden Europa-Wahlkampf. Wir werden für ein soziales, offenes und demokratisches Europa werben.

Ich freue mich auf einen engagierten Wahlkampf mit Euch!

Warum die SPD-Fraktion für den UN-Migrationspakt ist?

Mit dem so genannten UN-Migrationspakt will die Weltgemeinschaft eines der drängendsten politischen Themen dieser Zeit anpacken und einen Baustein zur Lösung des Themas Migration liefern. Deutschland würde von dem Pakt profitieren, doch eine Hetzkampagne vernebelt alle positiven Aspekte.

Migration ist Teil unserer gesellschaftlichen Realität. Deshalb soll künftig ein Regelwerk gestellt werden, das Flucht und Migration besser organisiert, ohne rechtlich verbindlich zu sein.

Im Juli dieses Jahres haben sich die Vereinten Nationen (UN) auf einen „Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“ geeinigt. Es handelt sich um ein internationales Abkommen, das Migration stärker steuern und die Rechte von Migrant*innen schützen soll. Es geht dabei nicht um Flüchtlinge. Umgangssprachlich wird auch vom UN-Migrationspakt gesprochen.

Das Dokument soll am 10. und 11. Dezember 2018 auf einer Konferenz in Marokko angenommen werden. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt den UN-Migrationspakt. Die Bundesregierung hat an seiner Konzeption mitgewirkt.

Migration besser regulieren

Die Gründe dafür nannte Christoph Matschie, stellvertretender außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, im Deutschen Bundestag: „Wir können die Probleme, die sich mit weltweiter Migration verbinden, nur international gemeinsam lösen. Nationale Regelungen allein helfen hier nicht weiter. Und deshalb haben sich die Staaten in den Vereinten Nationen vor zwei Jahren gemeinsam auf den Weg gemacht, einen solchen internationalen Pakt zu erarbeiten. Die Ziele, die Grundsätze dieses Paktes finden sich jetzt ge-

nau in dem Text wieder. Es geht nicht darum, Tor und Tür zu öffnen, sondern es geht darum, Migration besser zu regulieren. Das ist der Kern dieser Vereinbarung.“

Der Migrationspakt soll sämtliche Dimensionen der weltweiten Migration umfassend behandeln. Seine wichtigsten Ziele:

- Strukturelle Faktoren, die Menschen dazu veranlassen, ihre Herkunftsländer zu verlassen, sollen reduziert werden – zum Beispiel durch Programme zur Armutsbekämpfung und zur Anpassung an klimatische Veränderungen.

- Um irreguläre Migration zu vermeiden, sollen Menschensmuggel und Schlepperunwesen stärker bekämpft und Grenzkontrollen besser koordiniert werden.

Gleichzeitig sollen die Mitgliedstaaten mehr Wege für reguläre Migration schaffen – zum Beispiel durch Arbeitsmarktabkommen oder Erleichterungen bei der Visavergabe.

- In den Zielländern sollen Migranten sicheren Zugang zu Grundleistungen haben und die Chance, am politischen und gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

- Verbesserte Möglichkeiten der Rückkehr in die Heimatländer.

Es geht also vor allem darum, Migration effektiv und zum Nutzen von Herkunfts-, Transit- und Zielländern zu steuern und irreguläre Migration

zu vermeiden. Dazu soll der Globale Pakt den internationalen Rahmen setzen.

Wichtig dabei: Die UN sagen ausdrücklich den Ländern, die von großen Migrationsbewegungen betroffen sind, Unterstützung zu.

Rechte Hetzkampagne

Die AfD, rechtsextreme und fremdenfeindliche Gruppierungen stellen das Abkommen als Bedrohung dar. Sie nutzen es als Mobilisierungsinstrument. Eine Hetzkampagne setzt auf Halb- und Unwahrheiten, um bewusst Panik zu erzeugen. Es geht dabei nicht um die sachliche Auseinandersetzung, sondern um rechtspopulistische Rhetorik, die zur Stimmungsmache eingesetzt wird. So behaupten sie zum Beispiel, dass der Pakt zu einer massenhaften Zuwanderung nach Deutschland führt. Sie behaupten, mit dem Pakt würden die nationale Souveränität unseres Landes und unser Selbstbestimmungsrecht ausgehebelt.

Ein Blick in den Text zeigt jedoch das Gegenteil: „Der Globale Pakt bekräftigt das souveräne Recht der Staaten, ihre nationale Migrationspolitik selbst zu bestimmen (...)“. Die Staaten können also weiterhin darüber entscheiden, wie sie die Einreise, den Aufenthalt und die Arbeitsbedingungen von Einwanderern gestalten möchten. Es entstehen keine weiteren verpflichtenden Kosten für Deutschland.

(Fortsetzung auf Seite 5)

Neues aus dem Deutschen Bundestag

(Fortsetzung von Seite 4)

Auch an der deutschen Rechtslage ändert sich nichts. Die meisten Regelungen sind bereits im europäischen Recht enthalten und daher schon heute in Deutschland gültig. Der Pakt ist kein Vertrag und darum rechtlich nicht bindend – selbst wenn im Text von Verpflichtungen die Rede ist. Die beteiligten Staaten sind zu nichts verpflichtet und können nicht bestraft werden, wenn sie die Inhalte nicht umsetzen. Es soll aber ein Gremium geben, das von 2022 an alle vier Jahre tagen, die Umsetzung überprüfen und seine Ergebnisse in einem Bericht veröffentlichen wird.

Der Grund, warum die AfD eine Kampagne gegen den Globalen Pakt für Migration fährt, ist simpel: Sie glaubt, je größer die Furcht vor Migrant*innen, je größer der politische Vorteil für die AfD. Das ist verantwortungslos, ja „schäbig“, wie es Matschie nennt.

Er bekräftigt: „Der Migrationspakt ist ein Meilenstein in der internationalen Zusammenarbeit und eine Chance, globale Herausforderungen auch gemeinsam zu meistern. Diese Möglichkeit müssen wir unbedingt ergreifen.“

Lars Castellucci, migrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sagt: „Migration bietet Chancen für alle: Herkunftsländer, Zielländer und Migranten. Und Migration hat Schattenseiten, die müssen wir bekämpfen.“

Pakt in deutschem Interesse

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Der Pakt für eine geordnete und sichere Migration liegt in unserem deutschen Interesse. Deshalb wird Deutschland im Dezember diesem Pakt zustimmen.

Und zur Klarstellung: Die in den letzten Wochen hochgekochte Debatte innerhalb von CDU/CSU ist mehr als irritierend. Die gesamte Bundesregierung war von Anfang an in die Arbeit am Migrationspakt eingebunden.

Darüber hinaus wurde der Text auch nicht am Bundestag vorbei verhandelt. Die Idee, einen CDU-Parteitag entscheiden zu lassen, ob und wenn ja, wann die Bundesregierung dem Pakt zustimmt, ist wohl eher dem Profilierungsinteresse eines möglichen Nachfolgers an der CDU-

Parteispitze geschuldet. Das Kalkül, auf diese Weise Wähler der AfD wieder ins eigene politische Lager zurückzugewinnen, wird nicht aufgehen.

Vielmehr gilt es, sich von den rechtspopulistischen Bewegungen in Europa und den USA in dieser Frage klar abzugrenzen. Weder die Millenniumsziele der UN für die ärmsten Länder der Welt, noch das Klimaabkommen von Paris haben eine solch abstruse Debatte ausgelöst. Das ist erschreckend und für die SPD-Bundestagsfraktion Ansporn, selbstbewusst dagegen zu halten.